



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **IV/2009/08022**  
Datum: 06.05.2009  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Herr Johannes Krause  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.05.2009	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Schaffung von Ortschaftsräten**

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Für die Ortsteile Kröllwitz, Seeben, Tornau, Mötzlich, Reideburg, Büschdorf, Bruckdorf-Kanena, Nietleben, Dörlau und Lettin werden Ortschaftsräte gemäß § 86 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) und § 17 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) gebildet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung vorzubereiten. Die Fraktionen bringen Vorschläge ein, welche Kompetenzen den Ortschaftsräten und Ortsbürgermeistern im Einzelnen zu übertragen sind.

gez. Johannes Krause  
Fraktionsvorsitzender

### Begründung:

Mit der Umsetzung der Gemeindegebietsreform und der Schaffung neuer, größerer Einheitsgemeinden, gewinnt die Ortschaftsverfassung als Instrument der Demokratie im Land an Bedeutung. Das Begleitgesetz zur Gemeindegebietsreform vom 14. August 2008 stärkt die Ortschaftsverfassung ausdrücklich. Für die genannten Ortsteile ist die Einführung einer Ortschaftsverfassung sinnfälliger, wobei je nach Größe der Ortsteile die Übertragung von Zuständigkeiten durchaus unterschiedlich sein kann. Für alle diese Ortsteile hat die Verwaltung bereits festgestellt, dass eine räumliche Trennung vom sonst zusammenhängenden baulichen Stadtkörper besteht.

Damit ist die gesetzliche Voraussetzung für die Bildung von Ortschaftsräten erfüllt.

Die Verwaltung sah 2008 für keinen Ortsteil die Kriterien des § 17 Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) (räumliche Trennung, örtliches Eigenleben, eigene historische, nach der Bevölkerungszahl ausreichende Tragfähigkeit) als gegeben an. (Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Einrichtung von Ortschaftsräten, IV/2006/5656)

Angesichts der vergleichbaren Situation von Einheitsgemeinden und räumlich getrennten Ortsteilen im Hinblick auf die Umsetzung des Gebotes der Bürgernähe der kommunalen Selbstverwaltung kann diese Einschätzung aus Sicht der SPD-Fraktion nicht aufrechterhalten werden.